



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Geyer, Albin: Österreich : (Schluß)

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

im Unterschiede von denen Englands zu entsprechen. Daraus wird man aber auch entnehmen können, daß dem Übergang von der Produktion vegetabilischer Nahrungsmittel zur Viehzucht in der deutschen Landwirtschaft engere Grenzen gezogen sind als in der englischen. Der Brotgetreidebau wird in Deutschland vorläufig und vielleicht für immer die wichtigere Rolle spielen. Auch daran ist — wie dies in den Grenzboten immer anerkannt worden ist — nicht zu zweifeln, daß die deutsche Landwirtschaft, wenn sie wollte, imstande wäre, den Brotgetreidebedarf des deutschen Volks zunächst vollauf zu decken. Es fragt sich nur erstens, wie lange noch bei fortdauernd starker Volksvermehrung; zweitens, wie zu der nötigen „Intensität“ des Betriebs, die allein solche erhöhte Bruttoerträge erzielen kann, alle Landwirte veranlaßt werden sollen, solange das Ackerland im Privateigentum, und der Grad der Intensität Privatsache bleibt; endlich und hauptsächlich drittens, ob diese erhöhte Intensität nicht eine solche Steigerung der Produktionskosten voraussetzt, daß die Reinerträge immer kleiner werden. Das scheint teilweise schon der Fall zu sein, und darin liegt vielleicht die ernsteste Gefahr für unsre landwirtschaftliche und volkswirtschaftliche Zukunft, mit höhern Getreidezöllen oder ohne sie.



Österreich

Von Albin Geyer

(Schluß)



ie geschilderten satfam bekannten Vorgänge sind hier ausdrücklich darum wieder betont worden, weil bestimmt darauf hingewiesen werden soll, daß die gegenwärtig in der österreichischen Monarchie herrschenden Wirrnisse keineswegs den Gegensatz zwischen Deutschen und Tschechen, sondern den Dualismus zum wesentlichen Ursprung haben. Wir wollen nun zwar nicht behaupten, daß ein wirtschaftlicher Dualismus zwischen den beiden Reichshälften überhaupt eine politische Unmöglichkeit wäre, aber der jetzt bestehende ist darum ein Unsinn, weil er der österreichischen Monarchie nicht nur keine feste Grundlage giebt, sondern ihr diese ausdrücklich durch die Bestimmung entzieht, daß der Ausgleichsvertrag aller zehn Jahre erneuert werden muß. Alle gesetzlichen und verfassungsmäßigen Bestimmungen „auf Zeit“ sind Unsinn. Die alten Diplomaten wußten sehr wohl, warum sie ihre Verträge „auf ewige Zeit“ abschlossen. Fürst Bischoff hat einmal auf der Reichstagstribüne als Kommentar hinzugefügt, daß solche Verträge selbstverständlich nur so lange in Kraft blieben, als sich die Verhältnisse, unter denen sie abgeschlossen worden seien, nicht grundsätzlich geändert hätten. Tritt das letzte ein, so macht sich die Abänderung auf friedlichem Wege oder durch Gewalt von selbst geltend. So ist der historische Lauf immer gewesen. Der parlamentarische und der journalistische Witz des vorigen Jahrhunderts hat sich dann an dem veralteten Ausdruck „auf ewige

Zeiten“ geübt, es sind kurzfristige Anschauungen herrschend geworden, und die Anzahl der Verträge und der Gesetze mit Bestimmungen über Verlängerungs- und Erneuerungsfristen auf Zeit hat sich gehäuft. Diese neue politische Technik hat aber wenig ersprießlich gewirkt. Man braucht sich z. B. nur das gänzlich unfruchtbare Gerede ins Gedächtnis zurückzurufen, das seit Jahr und Tag von Freund und Feind an die im Frühling erfolgte Verlängerung des Dreibundes geknüpft worden ist. Glücklicherweise betraf diese Angelegenheit nur Abmachungen zwischen Diplomaten ohne berufsmäßige Einmischung der Parlamentarier und ihrer Parteipresse. Um einen solchen Fall herauszugreifen, wollen wir auf das unglückselige deutsche Sozialistengesetz hinweisen. Anstatt seinen Zweck, die Sozialdemokratie einzudämmen, zu erfüllen, hat es gerade durch den Umstand, daß aller zwei bis drei Jahre ein Kampf um seine Erneuerung geführt werden mußte, der sozialdemokratischen Fraktion aus ihrer frühern mindern Geltung zur parlamentarischen Gleichberechtigung verholfen, und man hat es schließlich ganz und gar fallen lassen. Um der Bevölkerung größere Aufregungsperioden zu ersparen, hat man in Preußen und in Deutschland die Wahlperioden verlängert, den letzten Handelsvertrag auf zwölf Jahre abgeschlossen. Aber man sehe jetzt, wie vor Ablauf des Vertrags alle politischen und wirtschaftlichen Parteien erregt, alle reinen und unreinen Interessen entfesselt sind, Autorität und gute Sitten gemindert werden — und dabei weiß doch jeder Einsichtige im voraus, daß man sich schließlich im großen und ganzen ungefähr auf die Regierungsvorlage einigen wird.

Solche erbitterte Kämpfe wirtschaftlicher und politischer Natur, die bei der modernen Entwicklung des Parteiwesens von Fall zu Fall ungestümer verlaufen müssen, schreibt der Dualismus nun aller zehn Jahre verfassungsmäßig vor, beschwört sie über ein Reich herauf, das bei seiner völkerschaftlichen Zusammensetzung und der ungenügenden Entwicklung des Gesamtgefühls mit verdoppelter Sorgfalt vor allen erschütternden Verfassungskämpfen bewahrt werden mußte. Diese wirtschaftliche Kündigungs-klausel für jedes Jahrzehnt war politisch nicht klug und nicht einmal nötig. Die erste Erneuerung des sogenannten Ausgleichs ist im Jahre 1877 fast ohne Sang und Klang erfolgt: ein Beweis dafür, daß im großen und ganzen das Richtige getroffen worden war. Erst 1887 begannen ernstliche Kämpfe, denn wenn man jemand um seine Meinung befragt, pflegt er eine zu haben, sagt schon Herbart in seinen kleinen Schriften. Diese Kämpfe entstanden durch die Begehrlichkeit der Magyaren und wurden infolge der Zerrüttung und der parlamentarischen Schwäche Österreichs zu ihren Gunsten entschieden; sie erneuerten sich 1897 in erhöhtem Maße und haben den ganzen heutigen Wirrwarr angerichtet. Er wird diesesmal aus naheliegenden Gründen noch einen einigenden Abschluß finden, und gerade die trockne Offenheit, mit der man einander von beiden Seiten deutlich ins Gesicht gesagt hat, man werde sich im Falle der Trennung des einheitlichen Zollgebietes auch ohne die andre Reichshälfte zu helfen wissen, wird diesen Ausgang fördern. Es wird eine Einigung über Ausgleich und Zolltarif erfolgen, denn man ist auf keiner Seite ernstlich bereit, den Sprung ins Ungewisse zu thun. Das bedeutsamste aber bei der diesmaligen Ent-

wicklung der Angelegenheit ist die erfreuliche Erscheinung, daß sich in beiden Reichshälften angesehene Stimmen dafür ausgesprochen haben, künftig müsse der wirtschaftliche Dualismus zwischen Österreich und Ungarn zu einem dauernden gemacht werden. Daß diese Änderung eine wirkliche „Staatsnotwendigkeit“ ist, glaube ich schon erwiesen zu haben, und es dürfte einer geschickten und energischen Regierung nicht schwer fallen, die bisher bei den Ausgleichsberatungen gesammelten ungünstigen Erfahrungen zu benutzen, um hüben wie drüben die auf einen dauernden Ausgleich gerichtete Strömung zu fördern. Hierbei würde sich die Initiative und das thätige Eingreifen der Krone empfehlen.

Dieselbe Einwirkung erweist sich auf andern Gebieten des Staatslebens mindestens in ebenso nachdrücklicher Weise als dringend notwendig, wenngleich der Dualismus auf Zeit das in einer verfehlten politischen Absicht und in übereilter Weise eingeführte Hauptübel der österreichischen Monarchie ist. Aus ihm leiten ja auch die Tschechen die Begründung ihres sogenannten Staatsrechts her, indem sie sagen: Wenn durch die Revolution von 1848/49 das ungarische Staatsrecht nicht verloren gegangen ist, kann auch das Recht der Wenzelskrone durch die Schlacht am Weißen Berge nicht vernichtet worden sein. So hängt sich immer ein nationaler Anspruch an den andern, wird zu einem ständigen Streitpunkt in der Presse und einem gelegentlichen im Parlament, ohne jemals zu einer Klärung zu gelangen, denn nur in zwei Punkten versteht man in Wien keinen Spaß: wenn nämlich die Armee oder die Hoheit des Kaiserhauses angetastet wird; dann wird auch die unerschöpfliche Langmut des Kaisers Franz Joseph zu Äußerungen und Entschlüssen veranlaßt, die an Entschiedenheit und Klarheit nichts zu wünschen übrig lassen. Die Tschechen und auch Herr von Szell könnten aus den letzten Jahren einiges Interessante hierüber erzählen.

Das Durcheinanderlaufen nicht anerkannter nationaler Ansprüche, schiefer Auffassungen des modernen Staatslebens und gänzlich einseitiger Auslegung der übrigens kaum gekannten Verfassung sind die hauptsächlichsten Merkmale des gegenwärtigen innerpolitischen Lebens in Österreich. Daß es so weit gekommen ist, war die notwendige Folge davon, daß man eben in Österreich vier Jahrzehnte lang gar nicht regiert hat, sondern die innern politischen Ereignisse sich nach einer niemals klar herausgearbeiteten parlamentarischen Schablone, der man gelegentlich auch einmal recht wenig Rücksicht erwies, abspielen ließ. Eine klare Verfassungspraxis hat es nie gegeben, ja man darf behaupten, daß die Mehrzahl der Politiker, sogar der Abgeordneten und der Minister, die Verfassung nur oberflächlich kennt, vielleicht kaum gelesen hat. Die ganze Zeit hat in Österreich die Auffassung der hauptstädtischen Presse über die Verfassung geherrscht, nach der sie eine parlamentarische sei, das Abgeordnetenhaus also durch seine Mehrheit über den Bestand des jeweiligen Kabinetts zu entscheiden habe. Diese Anschauung ist freilich schon längst unter dem Ministerium Taaffe ad absurdum geführt worden, denn so oft auch damals die Wiener Blätter nach irgend einer parlamentarischen Niederlage der Welt verkündeten, das Ministerium sei gefallen, blieb es doch im Amte, weil es das Vertrauen der Krone weiter hatte. Trotzdem scheint die Ansicht über den

parlamentarischen Charakter der Verfassung auch von den Ministerien geteilt worden zu sein: dafür spricht wenigstens der Eifer der spätern Ministerien, sich für ihr Programm eine vorherige Mehrheit zu sichern, bis diese Schacherpolitik unter Badeni schließlich die dadurch politisch tot gemachte deutsche Minderheit zur Obstruktion trieb. Seit dieser Zeit hat der vorausgehende Majoritätshandel aufgehört, und thatsächlich hat das Ministerium Körber gerade inselgedessen für seine Vorlagen größere Mehrheiten erzielt als je ein Kabinett vorher. Wie man auch daraus wieder ersieht, ist eben bisher nicht nach der Verfassung, weil überhaupt nicht, regiert worden; die Ursache dafür liegt hauptsächlich bei der Krone und ihren verantwortlichen Ratgebern. Infolge davon hat sich so eine Art allgemeiner Meinung gebildet: die Verfassung sei schlecht, weil sie den Völkern den Frieden nicht gebracht und namentlich zur Unterdrückung der Deutschen beigetragen habe. Diese Begründung ist falsch, obgleich die Thatfachen richtig sind. Die österreichische Verfassung ist wohl ziemlich phrasenreich abgefaßt, aber sonst so gut oder so schlecht wie alle andern Verfassungen. Vor allem trägt sie, wie alle deutschen Verfassungen, einen rein konstitutionellen Charakter und weist namentlich der Krone eine Reihe fest bestimmter Rechte zu, die aber nur wenig zur Geltung gebracht worden sind. Einen wirklichen Verfassungskampf, der über solche Dinge Klarheit gebracht hätte, hat es niemals gegeben, dagegen hat das anspruchsvolle Verhalten der einzelnen Nationen und die unberechtigte Kritik der Radikalen ein Tohuwabohu geschaffen, das als Auffassung des verfassungsmäßigen Zustandes gilt. Auf diesem Gebiet werden zukünftige Regierungen Ordnung und Klarheit schaffen müssen, und dann wird sich herausstellen, daß es mit der jetzigen Verfassung auch ganz gut gehn wird. Man muß nur endlich einmal regieren wollen.

In einem Staate, der immer zwischen der zentralistischen und der föderalistischen Richtung hin und her pendelt, wie es in Österreich seither gewesen ist, gewinnt die Person des Monarchen noch eine ganz andre Bedeutung als beispielsweise in England. Kaiser Franz Joseph hat von jeher nach bestem Wissen und Gewissen die Wohlfahrt der seiner Leitung anvertrauten Völkerschaften zur Richtschnur seiner Politik gewählt, man darf also der weiteren Entwicklung des österreichischen Staatswesens mit größerer Beruhigung entgegensehen, nachdem die Schwankungen nach der föderalistischen Staatsform hinüber aufgegeben zu sein scheinen, und man am zentralistischen Prinzip festzuhalten entschlossen ist. Jeder föderalistische Versuch der österreichischen Regierung muß schließlich zu Unzukömmlichkeiten und Schwierigkeiten führen. Nachdem man auch in maßgebenden Kreisen an gewissen Vorgängen in der Armee hat erkennen lernen, wohin dergleichen führt, scheint man endgiltig davon zurückgekommen zu sein. Dazu war es allerdings die höchste Zeit, denn jeder neue Rückschlag nach der föderalistischen Seite hin würde dann der notwendigerweise nachfolgenden Rückkehr zum Zentralismus zu den natürlichen und den durch die bisherigen Schwankungen erzeugten Schwierigkeiten nur noch neue schaffen, weil immer wieder neue Rechtsansprüche geweckt werden. So wäre es für den Staat, aber auch für die Tschechen hundertmal besser gewesen, Graf Hohenwart hätte das

bekannte kaiserliche Reskript nicht herausgegeben, wenn kurze Zeit darauf ein Ministerium Auerberg folgen sollte, das dem böhmischen Landtag durch die Einführung der direkten Reichsratswahlen auch das Recht der Beschickung des Reichsrats nahm; selbstverständlich wäre es auch für den Staat wie für die Tschechen heilsamer gewesen, Graf Badeni hätte die unhaltbaren Sprachen-erlasse nicht erst herausgegeben, wenn sie Graf Clary wieder aufheben sollte. Es war die höchste Zeit und wird für sämtliche Völkerschaften erwünscht sein, daß diese krampfhaften Sprünge aufgehört haben, denen nur Mißtrauen in das Wollen und die Kraft der obersten Staatslenker folgen muß. Wollen die Habsburger ihren Platz dauernd behaupten, so dürfen sie ihr bisheriges Recht nicht zu Gunsten irgend einer politischen oder parlamentarischen Einrichtung aus den Händen geben, auch nicht die letzte Entscheidung über die wichtigsten Staatsfragen den stürmischen Wogen der Parteipolitik anvertrauen, sondern sie müssen selbst die Initiative ergreifen. In Österreich hat es den maßgebenden Persönlichkeiten seit Jahrzehnten an diesem energischen festen Wollen gefehlt: man mochte wohl reiten, aber der Arm ließ die Zügel schleifen, bald ging das Roß durch, bald graste es. Kam es einer gefährlichen Stelle nahe, so wurde es wohl durch einen kräftigen Ruck in eine neue Richtung gerissen, aber dann konnte es weiter dem eignen Willen nachgehn. Die Kraft zu reiten war da, aber sie wurde nicht angewandt. Es ist aber Sache der österreichischen Regierung, die durch eigne Verschuldung und Unterlassung eingerissenen Zustände zu ändern, eine Versöhnung der verschiedenen Nationalitäten thatkräftig zu bewirken, indem man endlich von der ideenlosen Fortwurstelpolitik abgeht. Bisher hat man freilich immer das Gegenteil gethan. Die Freunde des Gesamtstaats verleugnete man, weil man ihrer sicher war, und mit den Feinden wurde parlamentiert, weil man sie gewinnen wollte. Kein Standpunkt, keine Minister- oder Parteienkombination wurden festgehalten, und den Schluß machte jedesmal ein eiliger Rückzug ohne Kampf. Wo der Hauptfehler liegt, habe ich schon deutlich ausgesprochen. Aber einerlei, ob sie bisher ungeschickt oder kraftlos angefaßt wurde, die Aufgabe der österreichischen Regierung bleibt bestehen: auf dem Boden dieses Staates deutsche und halborientalische Bildung zu versöhnen, den meisterlosen Völkern im Osten den Frieden zu bringen und sie zu gewöhnen an den Segen einer gemeinschaftlichen Verwaltung und eines gemeinsamen Heerwesens. Das ist eine Aufgabe, würdig und segensreich genug, dem Staate, der sie löst, eine notwendige Stellung in der europäischen Völkergesellschaft zu sichern. Es sind damit dem Staate Österreich Aufgaben gestellt, die ein sich in rein parlamentarischen Formen bewegendes Staatsleben nicht lösen kann, die dem Absolutismus des achtzehnten Jahrhunderts vielleicht keine Schwierigkeiten geboten hätten; was aber damals versäumt wurde, das muß jetzt nachgeholt werden, natürlich nicht mehr auf dem absolutistischen Wege, dessen Zeitpunkt verpaßt worden ist. Wie die vier letzten Jahrzehnte darge-
gethan haben, geht es durch rein parlamentarische Formen in keinem Falle, da sich keine Majoritätsherrschaft von Nationalität gegen Nationalität aufrecht erhalten, und sich kein Volksstamm vom andern in seiner Entwicklung auch nur behindern läßt. Dagegen ist die in Österreich thatsächlich bestehende kon-

stitutionelle Monarchie, die der Krone neben dem Parlament ausgedehnte Rechte, namentlich der Initiative, einräumt, die geeignete Regierungsform, die sich auch in Preußen ausgezeichnet bewährt hat.

Solange man in der habsburgischen Monarchie nicht von der bisherigen Regierungsmanier grundsätzlich Abstand nehmen wird, ist natürlich an eine Besserung der Verhältnisse nicht zu denken. Wenn aber nicht alle Anzeichen täuschen, so sind in den letzten drei Jahren wenigstens die ersten Anfänge einer Änderung zu erkennen gewesen. Mit der Methode, daß es hoffentlich dem Baron K gelingen werde, was dem Grafen J nicht geglückt und woran Fürst Z gescheitert war, hat man gebrochen und ist zum Beamtenministerium übergegangen. Das mit aner kennenswerter Geschicklichkeit amtierende Ministerium Körber hat schon eine Dauer von dritthalb Jahren erreicht, und viele Anzeichen sprechen dafür, daß es einen sichern Rückhalt bei der Krone hat, deren unmittelbare Einwirkung gegenüber dem österreichischen Parlament, gegenüber den Tschechen und in neuerer Zeit auch bei den Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn erfolgreich zu Tage getreten ist. Daß auf diesem Wege nicht nur noch mehr, sondern alles zu erreichen ist, werden genaue Kenner der österreichischen Monarchie ohne weiteres bestätigen. Die Bedingungen für diese den Verfassungsverhältnissen durchaus entsprechende Praktik der Regierung liegen dort viel günstiger als anderswo. Zunächst ist der Einfluß der Krone bedeutender als in andern Staaten — das gilt insbesondre auch von Ungarn; hieran ändern einige antidynastische Skandale der Rossuthianer ebensowenig, wie auf der andern Seite das Gebaren der Schönererianer. Weiter ist keine der Nationen mächtig genug, sich in eine ernste Opposition gegen den Willen der Krone einzulassen, da ohne deren Geneigtheit keine einzige auch nur einen Bruchteil ihrer Bestrebungen durchzusetzen vermöchte. Schließlich haben die parlamentarischen Zustände der letzten Jahre namentlich in Österreich den Ruf nach einem liberalen Absolutismus immer häufiger und nachdrücklicher erhoben; selbstverständlich ist auch dieser Wunsch nur dahin aufzufassen, daß eine kräftigere Betonung der Kronrechte eintreten möge, denn kein vernünftig urteilender Politiker denkt heute nur einen Augenblick daran, daß ein absolutistisches Regiment von Dauer sein könnte. Daß das entschiednere Betonen der Kronrechte auch einige Schwierigkeiten und Verstimmungen mit sich bringen wird, liegt auf der Hand, aber diese werden nicht schlimmer sein als der jetzige Wirrwarr, der nur noch zunehmen wird, wenn der schon betretene Weg wieder verlassen werden sollte. Und er wird doch einmal eingehalten werden müssen, wenn nicht unter Kaiser Franz Joseph, dann unter seinem Nachfolger. Natürlich wird man nur schrittweise vorgehn können und vermeiden müssen, alles auf einmal erreichen zu wollen. Zunächst gilt es, den Ausgleich und den Zolltarif für die Handelsvertragsverhandlungen zu Ende zu bringen, sowie für die Zukunft ein ständiges Verhältnis zu Ungarn anzubahnen. Nach dieser Richtung hin wird sich auch die einzig notwendige Änderung der verfassungsmäßigen Bestimmungen nötig machen, im übrigen ist mit dem Bestehenden ganz gut auszukommen.

Alle aus einer kräftigern Bethätigung der Regierungsgewalt erwachsenden

Schwierigkeiten werden nicht von besondrer Tragweite sein, am allerwenigsten dem „Zerfall Österreichs“ vorarbeiten. Man muß dabei doch die Frage aufwerfen: Wohin sollen denn die einzelnen Völkerschaften Österreichs fallen? Für die Deutschösterreicher und die Italiener allein wäre ein Anschluß an die benachbarten nationalen Großstaaten möglich; was würde aber aus den Polen, aus den Ungarn? — Die Tschechen spielen dabei keine Rolle, da sie von selbst in den Machtbereich Deutschlands fallen würden. Man hat früher viel von einer Teilung Österreichs zwischen Deutschland und Rußland phantasiert. Daß Deutschland davon mit gutem Grunde nichts wissen will, hat schon der Nikolsburger Friede bewiesen; heutzutage, wo Rußland seine Kräfte auf ein Jahrhundert in Asien festgelegt hat, ist gar nicht mehr daran zu denken. Es giebt auch politische Hitzköpfe innerhalb und außerhalb Ungarns, die von einem zukünftigen selbständigen magyarischen Königreiche schwärmen, aber die einsichtigen Führer der Ungarn haben selbst ganz genau erkannt, daß auch ein „Königreich Ungarn“ durch innere nationale Schwierigkeiten neben dem gefesteten Königreich Rumänien nur eine gefährdete Stellung einnehmen und höchstens die unbedeutende Rolle eines Mittelstaates spielen würde. Die Wahrscheinlichkeit für einen „Zerfall“ Österreichs ist darum so gering wie möglich. Übrigens weisen die Vorgänge des letzten Jahrhunderts mit unerbittlicher Klarheit den historischen Grundgedanken auf, daß ebenso wie die wirtschaftliche Entwicklung zum Großbetriebe hindrängt, auch die politische Entwicklung immer mehr dahin geht, größere Staatengebilde und Staatenbündnisse zu schaffen. Es wäre der reinste Anachronismus, sollte in solcher Zeit Österreich auseinanderfallen. Weder Deutschland noch Rußland können daran ein Interesse haben, können wünschen, daß sich Zustände, wie sie auf der Balkanhalbinsel normal sind, bis über die Karpaten und bis zum Erzgebirge verbreiten. Im Gegensatz zu weitverbreiteten Zeitungsmeinungen bin ich der Ansicht, daß jeder Versuch der österreichischen Regierung auf strafferes Zusammenfassen ihres Staatswesens in Berlin und Petersburg volle Zustimmung und im Falle des Bedarfs sogar thatkräftige Förderung finden werde. Man hat seinerzeit behauptet, in den beiden Jahren 1849 und 1866 habe nur die russische Intervention und die Mäßigung Bismarcks Österreich gerettet. Was davon richtig ist, führt aber doch zu dem Schlusse, daß dieses Österreich ein ganz besonderes Reich sein muß, wenn die Staatsleitungen von Preußen und Rußland für ihre damalige Handlungsweise besondere Gründe hatten. Wir dürfen wohl ohne Widerspruch annehmen, daß diese Gründe, nachdem Rußland und Deutschland große außereuropäische Aufgaben übernommen haben, noch zu größerer Geltung gelangt sind. Heute gilt mehr als je, was Bismarck in seinem politischen Vermächtnis gesagt hat: „Die Erhaltung der österreichisch-ungarischen Monarchie als einer unabhängigen, starken Großmacht ist ein Bedürfnis des Gleichgewichts in Europa, für das der Friede des Landes bei eintretender Notwendigkeit mit gutem Gewissen eingesetzt werden kann.“

Schwierigkeiten, die sich nach außenhin fortsetzen könnten, wird ein österreichisches Kabinet nicht finden, eher wird es Unterstützung bei innern Schwierigkeiten haben. Solche braucht eine sichere Hand nicht zu fürchten. Aus den

oben angeführten Gründen werden die Magyaren wohl einiges Getöse anheben, aber schließlich vernünftigen Erwägungen nachgeben. Es bleiben dann die Tschechen mit ihren Sprachansprüchen, die man künstlich großgezogen hat. Die Angelegenheiten der deutschen Staatsprache wie auch der innern tschechischen Amtssprache ist einfach eine Machtfrage, auch die Badenischen Sprachenverordnungen waren ein Ausdruck der damaligen Machtverhältnisse. Es ist unzweifelhaft, daß in einem „internationalen“ Staate wie Österreich eine amtliche Vermittlungssprache und eine Armeesprache bestehen muß, und daß diese nur die deutsche Sprache sein kann und thatsächlich auch ist. Es wäre wohl besser gewesen, hätte man diese unbestrittne Thatsache verfassungsmäßig festgestellt, aber jetzt wird doch viel zu viel Geschrei darüber erhoben, und die Angelegenheit mit allerhand Dingen verquickt, die nicht zu ihr gehören. Das ist auch in dem „Pfingstprogramm“ der Deutschen geschehn. Die deutsche Vermittlungssprache ist eine Staatsfrage und kann gar nicht auf dieselbe Stufe gestellt werden, wie die tschechische Amtssprache in Mähren und Böhmen. Diese haben die Tschechen sowieso, wo sie dazu die Macht haben, und die können sie wieder verlieren, wie die Badenischen Sprachenverordnungen wieder verloren gegangen sind. Der ganze Sprachenstreit ist heute fast nichts mehr als ein Streit um Beamtenstellen, die nicht mehr mit Deutschen besetzt werden können, weil diese nicht für Nachwuchs gesorgt haben und es auch heute nicht thun. Dabei wird auf deutscher Seite immer übersehen, daß gegen die daraus entstehenden Nachteile nationaler Natur der steigende Verkehr Abhilfe schafft. Ein besondres tschechisches oder auch magyarisches Verkehrsgebiet mit eigener Sprache ist unmöglich; je mehr sich der Verkehr entwickelt, desto mehr muß die deutsche Sprache Handels- und Verkehrssprache werden, und die von Tschechen und Magyaren dagegen errichteten Schutzwehren für ihre Sprachen, sowie das Aufdrängen dieser Schranken an die Fremden werden von selbst wieder verschwinden, sobald der nationale Raptus erst vorüber ist.

In kleinlichen und lokalen Beamtenfragen verzehren die Deutschen in Österreich ihre Kräfte, ohne etwas zu erreichen, weil sie nie das Wesen der Macht begriffen haben, sondern unter der Suggestion der hauptstädtischen „Weltblätter“ in achtundvierziger Ideenkreisen dahinleben. Ob man in Österreich als herrschende oder oppositionelle Nation auftreten müsse, darüber ist man sich nie klar geworden, ebensowenig darüber, was national und was liberalradikal ist. So will man die herrschende Nation sein, aber zugleich Minister stürzen und die Armee beschneiden; zugleich von den deutschen Klerikalen verlangen, daß sie in das deutschnationale Lager übertreten, während man den Katholizismus in der erbittertsten Weise befehdet. Die Macht der Deutschen in Österreich wird immer in demselben Maße wachsen, wie sich bei ihnen politische Ideen entwickeln, die den Lebensbedingungen des Staates entsprechen, wo allerdings viele Sprachen gesprochen werden. Mit der Macht der Deutschen wird auch ihre Sprache wieder mehr zur Herrschaft gelangen, die nur zurückgegangen ist, weil sie ihre politische Stellung im Staate nicht zu behaupten verstanden haben. Jetzt gilt es wieder einmal, die Wirklichkeit ins Auge zu fassen, ernst und sachlich zu verfahren, vor allem aber die eignen Kräfte an-

zuspannen und sich nicht durch die Hoffnung auf ein Almosen fremder Thatkraft entsettlichen zu lassen. Es läßt sich den Deutschösterreichern nur empfehlen, daß sie nach Bismarcks Rat die eigne Geschichte lernen und aus ihr ersehen, was sie thun und was sie lassen sollen. Man muß fürchten, daß sie auch bei einer neuen Wendung der österreichischen Politik, wie sie schon angebahnt ist und früher oder später fortgesetzt werden muß, wieder zu kurz kommen werden, weil sie sich weiter in Spaltungen und Radikalismen verrennen werden, die noch nirgends und niemals zur nationalen Macht geführt haben.



Das Eisenbahnetz Indiens vom militärischen Standpunkt aus



eber die sich im stillen allmählich vollziehende Verminderung des Abstands der britischen und der russischen Grenzen in Mittelasien gehn ab und zu von dort Nachrichten ein, die zu denken geben. Einerseits melden sie die Verstärkung der Garnisonen der dem wichtigen Herat benachbarten russischen Grenzplätze Transkaspiums, andererseits teilen sie aus Indien mit, daß die Eingebornenregimenter mit neuen Modellen des Lee-Enfieldgewehrs bewaffnet werden, und daß moderne Schnellfeuer-Feld- und Gebirgsgeschütze für die Artillerie in Aussicht genommen sind. Auch darüber liegen Meldungen vor, daß die anglo-indische Regierung ihre militärische Stellung an der Induslinie durch Umfassung der afghanischen Südgrenzen sehr verbessert hat; denn von den neu erworbenen und neu gesicherten Gebietsteilen in Kasiristan und in Beludschistan aus flankieren die englischen Truppeneinstellungen des Grenzgebiets die Linie Kabul-Kandahar mit den im Süden von ihr liegenden Pässen über das Sulaimangebirge; vor allen Dingen aber eröffnet die Besignahme von Chitral mit dem Thale des Kaschkar, eines Nebenflusses des Kabulstroms, mit Umgehung des den Engländern schon einmal verderblich gewesenem Khaiberpasses, den Zugang nach Djellalabad und der Landeshauptstadt Kabul. Damit üben aber die Engländer einen Druck auf den Emir aus, dem er sich nur schwer wird entziehen können.

Eine durch die Natur stark begünstigte und auch strategisch wertvolle Landesgrenze allein genügt jedoch nicht, das gewaltige indische Reich gegen äußere Feinde zu sichern. Hierzu bedarf es auch einer starken, schlagfertigen und zuverlässigen Operationsarmee, einer zuverlässigen und opferwilligen Bevölkerung, wie eines nach strategischen Rücksichten richtig angelegten und zugleich leistungsfähigen Eisenbahnetzes. Gerade diese letzte Forderung fällt bei der Verteidigung Indiens um so schwerer ins Gewicht, als die andern nur bedingungsweise erfüllt werden, zumal da der bei weitem größere Teil aller Feldtruppen im Falle eines Krieges mit Rußland in den Friedensgarnisonen nur schwer abkömmlich sein wird, und da in Zukunft mehr als je mit einer mög-